

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

wir halten Wort! Schritt für Schritt setzen wir in der SPD-geführten Landesregierung das um, was wir den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl versprochen haben. Wir werden die Hürden im Bildungssystem abbauen – auch die finanziellen. In einem ersten Schritt werden wir schon im nächsten Jahr das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen. Und wir werden im kommenden Jahr die Studiengebühren abschaffen. Das geht erst zum Wintersemester 2011, denn wir halten unsere Zusage ein, den Hochschulen das Geld aus dem Landeshaushalt zu ersetzen. Dafür brauchen wir aber erst einen genehmigten Landeshaushalt für 2011.

Es bleibt dabei: Wir investieren mehr Geld in Bildung. Wir investieren damit in erster Linie in die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel und zugleich in die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Denn wenn wir es nicht schaffen, mehr



junge Menschen zu besseren Abschlüssen zu führen, wird unser Land keine gute Zukunft haben. Das zentrale Ziel unserer Politik bleibt: Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen. Deshalb müssen wir es schaffen, die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass es dem Land nur gut gehen kann, wenn es auch seinen Städten und Gemeinden gut geht. Denn vor Ort entscheidet sich, ob Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt gelingen. Hier muss es die sozialen Frühwarnsysteme geben, die Notlagen erkennen und die vor allem helfen, falschen Entwicklungen vorzubeugen. Die Landesregierung setzt auf eine neue Politik, die gezielt in Vorbeugung investiert. Wir haben den Mut, jetzt die richtigen Weichen zu stellen.

Eine auf Prävention angelegte Politik für Kinder beginnt für uns bereits lange vor der Geburt. Sie beginnt bei der Unterstützung

von Familien und Alleinerziehenden bereits in der Schwangerschaft, sie setzt sich fort von der frühkindlichen Erziehung über die Kinder- und Jugendhilfe bis in die Bildungs- und Integrationspolitik. Wer frühzeitig in gute Bildung investiert, in mehr Kinder- und Ganztagsbetreuung, in passgenaue Hilfen für Alleinerziehende und Familien und in eine vorsorgende Sozial- und Integrationspolitik, der sorgt am besten für die Zukunft vor – weil er direkt in die Zukunft investiert. Eine solche präventive Politik wird sich mittelfristig und erst recht langfristig auch finanziell rechnen.

Ein Beispiel: Im Jahr 2009 stellten die Jugendämter in Nordrhein-Westfalen fast 10.000 Kinder und Jugendliche vorläufig unter Schutz. Das war nicht nur ein Anstieg von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, sondern ein neuer Negativrekord. Wenn man außerdem weiß, dass jeder Fall eines unter Schutz gestellten Kindes eine Kommune jedes Jahr im Schnitt zwischen 80.000 und 90.000 Euro kostet, wird deutlich, wie sehr sich Prävention auch finanziell rechnet. Um die Dimensionen klar zu machen, über die wir sprechen: Es geht um 800 und 900 Millionen Euro – pro Jahr! Unser Ziel lautet, in zehn Jahren die Zahl dieser so genannten Inobhutnahmen auf die Hälfte zu senken.

In diesem Jahr legen wir mit dem Nachtragshaushalt die Schlussbilanz der früheren Regierung Rüttgers vor. Schwarz-Gelb hat keine Haushaltspolitik des ehrlichen Kaufmanns gemacht. Sie hat im Wahlkampfjahr absehbare Risiken und Mehrausgaben verschwiegen, vertuscht und weggeschoben. So müssen wir unter anderem die Finanzvorsorge für die Risikopapiere der WestLB um fast eine Milliarde Euro verdoppeln, mit einem Aktionsplan Kommunalfinzen den Städten und Gemeinden über 600 Millionen Euro zahlen, die ihnen zustehen. Und wir werden beim U3-Ausbau die leeren Versprechen von CDU und FDP einlösen, für die sie kein Geld eingeplant hatten.

Wir machen mit dieser Politik der Verschleierung Schluss. Diese ehrliche Endabrechnung mit Schwarz-Gelb treibt die Neuverschuldung auf 8,9 Milliarden Euro. Eine Bilanz, die allein die Regierung Rüttgers zu verantworten hat. Für das nächste Jahr werden wir dann mit unserer rot-grünen Politik starten. Dann senken wir die Neuverschuldung und investieren gleichzeitig rund eine Milliarde mehr in Kinder, Familien, Bildung und Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wir halten Wort!

Eure Hannelore Kraft

GEMEINSAM FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

ERSTE REGIERUNGSERKLÄRUNG VON MINISTERPRÄSIDENTIN HANNELORE KRAFT

Ein überzeugender Auftritt von Hannelore Kraft: Am 15. September gab die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen ihre erste Regierungserklärung im Düsseldorfer Landtag ab. In ihrer 90-minütigen Rede stellte Kraft die Leitlinien und die konkreten Vorhaben der rot-grünen Landesregierung vor. Gemeinsam wolle man Nordrhein-Westfalen menschlicher machen, so die Ministerpräsidentin. Erreichen werde die Landesregierung dies „durch gezielte Investitionen in Bildung, durch gute Arbeit und bessere Chancen für Menschen mit Benachteiligungen gerade auf dem Arbeitsmarkt“.

Weitere Schwerpunkte des rot-grünen Kabinetts, so die Ministerpräsidentin, seien die Bewahrung und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, eine nachhaltige Integration zugewandter Familien, mehr Chancengleichheit auch für Frauen und „mehr demokratische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger“ sowie der „wirksame Schutz ihrer Rechte und ihrer Sicherheit“. Die Lan-

desregierung setze klare Prioritäten. Man müsse jetzt den Mut haben, in Vorbeugung, Betreuung und Bildung zu investieren, erklärte Kraft. „Eine solche präventive Politik wird sich mittelfristig und erst recht langfristig auch finanziell rechnen.“

Am Ende ihrer Rede rief die Ministerpräsidentin alle Bürgerinnen und Bürger

und die Parteien und Fraktionen des Landtages dazu auf, die kommenden Jahre mitzugestalten und gemeinsam mit der Landesregierung die besten Lösungen für NRW zu finden und umzusetzen. „Zusammen können wir das schaffen“, betonte Hannelore Kraft. „Denn uns eint eine große Gemeinsamkeit: Die Leidenschaft für unser Nordrhein-Westfalen.“

ZENTRALE AUSSAGEN DER REGIERUNGSERKLÄRUNG VON HANNELORE KRAFT:

1. Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen. Wir wollen allen Mädchen und Jungen Chancengleichheit und gezielte Unterstützung von Anfang an bieten. Mit der besten Bildung können wir Erfolg und Aufstieg durch Bildung ermöglichen, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das stärkt nachhaltig auch den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und sichert uns eine gute Zukunft. **Wir haben das Ziel, in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren.**
2. Wir haben das Ziel, Nordrhein-Westfalen zum ökologischen Vorreiter zu machen, zu einem Land, in dem gesundes und gutes Leben möglich ist und unser wertvolles Naturerbe geschützt wird. Durch den Fortschrittmotor Klimaschutz wandelt sich NRW mitten in Europa zu einer modernen ökologischen Industriegesellschaft. **Dies wollen wir international sichtbar machen, indem wir die EXPO „Fortschrittmotor Klimaschutz“ nach Nordrhein-Westfalen holen** und damit unser Land zum weltweiten Schaufenster für ökologische Erneuerung machen.
3. Wir lassen nicht locker, das Prinzip „Gute Arbeit“ in Nordrhein-Westfalen und Deutschland durchzusetzen. Dafür werden wir auf Bundes- und Landesebene kämpfen. Wir werden im Bundesrat Initiativen für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und zur Bekämpfung des Missbrauchs bei der Leih- und Zeitarbeit auf den Weg bringen. Und Nordrhein-Westfalen wird auch in den landeseigenen Gesellschaften vorangehen. Zu „Guter Arbeit“ gehört für uns dabei auch die Gleichstellung von Frauen – **Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und die Anhebung des Frauenanteils auf mindestens 40 Prozent in den Leitungsgremien von NRW-Gesellschaften werden wir Schritt für Schritt umsetzen.**
4. Wir alle erleben es tagtäglich, dass Nordrhein-Westfalen mit seinem Verkehrsaufkommen das Verkehrs- und Transitland im Kern Deutschlands und Europas ist - Tendenz steigend. Die Sicherung der Mobilität ist daher eine zentrale Zukunftsherausforderung, um den Verkehrskollaps NRW zu verhindern. **Wir werden eine große Mobilitätskonferenz durchführen, um Lösungen für die Zukunft zu erarbeiten und ein breites Bündnis für Mobilität in Nordrhein-Westfalen zu bilden.**
5. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt nicht nur politisch sichern und ausbauen. Wir wollen das unbezahlbare Engagement von Millionen Bürgerinnen und Bürgern auch entsprechend würdigen. **Deshalb werden wir das Ehrenamt nicht nur stärken, sondern jedes Jahr als Zeichen der Wertschätzung eine Woche des Ehrenamts unter dem Titel „NRW engagiert sich“ veranstalten.** Dabei wird jedes Jahr ein anderer Bereich ehrenamtlichen Engagements ausgewählt und Ehrenamtspreise in verschiedenen Kategorien vergeben. Wir wissen: Gemeinsam sind wir stark.

Die ganze Regierungserklärung „Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen“ kannst du im Internet lesen unter www.nrw.de.

ZWISCHEN JUGENDKULTUR UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

DIE JUSOS NRW HABEN EINEN NEUEN VORSITZENDEN: VEITH LEMMEN

Auf der Juso-Landeskonferenz am 4. September 2010 haben die NRW Jusos einen neuen Vorsitzenden gewählt: Veith Lemmen bekam 85,2 Prozent der Delegiertenstimmen.

Wenn man Veith kennenlernt, dann ist eines offensichtlich: Er spricht die Sprache der Jugendlichen und ist ein Vorsitzender zum Anfassen, einer, der auch gerne selbst mit anpackt. Das hat er unter anderem in den letzten Wahlkämpfen als Fahrer des NRW-Juso-Wahlkampfbusse quer durch das Land unter Beweis gestellt. Sofort ins Auge springt auch sein Markenzeichen – Veith trägt Hut. Und das ist durchaus als Statement gegen den allgemeinen Uniformismus zu verstehen. Eine Führungspersönlichkeit sollte eben auch ein Querkopf – im Sinne eines Querdenkers – sein.

Der 26-Jährige gehört dem Juso-Landesvorstand bereits seit dem Jahr 2008 als Koordinator für die Juso-Hochschulgruppen an. Hochschulpolitik ist eines seiner Leib- und Magenthemen, er gehörte viele Jahre dem Studierendenparlament der Universität Münster an und brachte es schnell durch seine engagierte Art zum Vorsitzenden des Allgemeinen Studierendenausschusses. Im Landtagswahlkampf der NRWSPD setzte er sich vehement für die Abschaffung der Studiengebühren und die Reform des Hochschulrahmenga-

setzes ein. Keine Studi-Demo in NRW, auf der er nicht die Fahnen der Jusos hochgehalten hätte. Und das war auch gut so, denn die Abschaffung der Studiengebühren war eines der entscheidenden Wahlkampfthemen in der Zielgruppe der 18- bis 25-Jährigen.

Unter seinem Vorsitz möchte Veith mit den Jusos NRW weiter dafür streiten, dass alle Jugendlichen die gleichen Chancen auf Bildung, sozialen Aufstieg und kulturelle Teilhabe erhalten. Auch ein besserer Schutz und mehr Rechte für Auszubildende und PraktikantInnen stehen ganz oben auf der politischen Agenda. Unter seiner Ägide soll der Verband dabei verstärkt den Schulterchluss mit Bündnispartnerinnen wie Gewerkschaften, NGOs und anderen Jugendorganisationen suchen.

Neben aller Bildungs- und Jugendpolitik arbeiten die NRW Jusos in den nächsten zwei Jahren auch intensiv an Konzepten für einen gerechten Sozialstaat und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik – und das in guter sozialdemokratischer Tradition: Die Generationengerechtigkeit bleibt dabei fest im Blick. ■



KOMMUNALPOLITIK EINFACH ONLINE LERNEN

Unter diesem Motto bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung für NRW ab dem 25. Oktober bzw. 1. November 2010 neuen Ratsmitgliedern und kommunalpolitisch Interessierten vierwöchige E-Learning-Kurse zum praxisorientierten Erlernen des kommunalpolitischen Handwerks an. Beim E-Learning werden Kursinhalte online präsentiert, eigenständig erarbeitet sowie mit den Kursteilnehmenden und dem Tutor diskutiert. In drei Modulen werden die Grundlagen der Bereiche kommunale Aufgaben, kommunale Selbstverwal-

tung und kommunale Finanzen vermittelt. Ein zweitägiges Präsenzseminar (Hattingen bzw. Bonn) zur inhaltlichen Vertiefung und zum Austausch mit einem/-er Kommunalpolitiker/-in runden den Kurs ab. **Info und Anmeldung:** www.fes-kommcheckers.de



„MEHR ALS KUMMERKASTEN DER NATION“

Interview mit Stefan Schwartze, MdB, über den Petitionsausschuss des Bundestags



Stefan Schwartze (Jahrgang 1974) ist seit 2009 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Herford-Minden-Lübbecke II. Er ist Mitglied im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ist der Petitionsausschuss im Bundestag der Kummerkasten der Nation?

Nein, er ist mehr als das. Das Petitionsrecht besagt, dass Bürgerinnen und Bürger sich gegen Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen oder ungleiche Behandlung durch staatliche Stellen wehren können. Wenn sich zum Beispiel jemand durch ein Gesetz unfair behandelt fühlt, kann er seine Bitten oder Beschwerden an den Petitionsausschuss richten, der die Petitionen dann prüft und berät. Ungerechtigkeiten und Fehlentscheidungen können so revidiert werden. Davon profitiert meist nicht nur derjenige, der die Petition eingereicht hat. Oft geht es in den Bitten und Beschwerden um große gesellschaftliche Fragen und Grundrechte.

Mittlerweile können Petitionen auch über das Internet eingereicht und dort öffentlich debattiert werden. Hat das die Arbeit des Ausschusses verändert?

Ja, und zwar ganz massiv. Besonders für junge Menschen sind Petitionen dadurch interessanter geworden. Themen wie die umstrittenen Internetsperren oder das Verbot von gewalthaltigen PC-Spielen wurden über öffentliche Online-Petitionen in die politische Debatte eingebracht. Das hat auch damit zu tun, dass der Petitionsausschuss jede Petition, die innerhalb von drei Wochen 50.000 Unterzeichner erreicht, in einer öffentlichen Sitzung mit dem Petenten berät. Die öffentliche Petition ist somit ein sehr mächtiges Instrument direkter Demokratie.

Wer hat das Recht, eine Petition einzureichen?

Jeder, wirklich jeder. Es geht nicht darum, die deutsche Staatsbürgerschaft zu haben oder volljährig zu sein. Im Moment überlegt die SPD-Bundestagsfraktion, wie man ein eigenes Petitionsportal für Kinder und Jugendliche einrichten könnte.

Auch Schulklassen sind für uns sehr interessant. Dort entstehen häufig gute Ideen zum gesellschaftlichen Zusammenleben. Warum sollte man die nicht als Petition an den Bundestag weiterreichen? Das gibt es zwar jetzt auch schon, aber noch viel zu selten.

Was ist für Dich als Politiker das Besondere an der Arbeit im Petitionsausschuss?

Durch die vielen persönlichen Schicksale, die man im Petitionsausschuss kennenlernt, wird die politische Arbeit ein ganzes Stück praktischer. Man lernt ein unheimlich breites Spektrum an politischen Themen kennen – vom Güterverkehr bis zur Berufsunfähigkeitsrente. Dadurch ist man ganz nah bei den Menschen und ihren Problemen. Vor allem lernt man die praktischen Auswirkungen der Gesetzgebung kennen. Das ist für mich das Spannende an der Arbeit. ■

GESCHÄFTSFÜHRER DES EINE-WELT-FORUMS DÜSSELDORF BEKOMMT DAS VERDIENSTKREUZ AM BANDE



Am 1. Juni 2010 wurde Ladislav Ceki, SPD-Mitglied und Geschäftsführer des Eine-Welt-Forums Düsseldorf, von der Landesregierung in einer Feierstunde der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die bis dato höchste Anerkennung für ein jahrzehntelanges Engagement in der Eine-Welt-Arbeit und eine beispiellose Düsseldorfer Erfolgsgeschichte!

So koordinierte Ladislav Ceki erstmals 1984 die von ihm angeregten „Lateinamerika-Tage“, aus denen inzwischen die jährlichen Düsseldorfer Eine-Welt-Tage mit über 200 Veranstaltungen erwachsen sind. Sein Aufbau der lokalen Eine-Welt-Arbeit in Düsseldorf dient zudem anderen Initiativen als Vorbild: Von anfangs 20 Initiativen koordiniert Ceki heute 180. Und auch zur Auszeichnung Düsseldorfs als „Hauptstadt des fairen Handels“ 2007 hat Ladislav Ceki maßgeblich beigetragen.

DORTMUNDER SPD BEFRAGT MITGLIEDER

Die Dortmunder Sozialdemokraten wollen es ganz genau wissen. Mit einer groß angelegten Mitgliederbefragung werden in diesen Tagen alle SPD-Mitglieder zu ihrer Meinung, ihren Erfahrungen und zu ihren Wünschen an die Arbeit der Partei befragt.

Vor der letzten Kommunalwahl hatte die Dortmunder SPD gute Erfahrungen mit der Urwahl des Oberbürgermeisterkandidaten gemacht. „Die Beteiligung damals war erfreulich hoch und das Ergebnis breit verankert und akzeptiert“, berichtet der Unterbezirksvorsitzende Franz-Josef Drabig.

Mit ihrer Mitgliederbefragung will der Unterbezirksvorstand die eingeschlagene Richtung weiterverfolgen. Befragt werden die Mitglie-

der zu ihrem Ortsverein, dem Unterbezirk, der Arbeit der Ratsfraktion und den inhaltlichen Schwerpunkten. Insgesamt 32 Fragen gilt es zu beantworten. Denn schließlich erhofft sich der Unterbezirksvorstand von der Auswertung der Bögen Aufschlüsse über die künftige Ausrichtung und die Arbeitsformen der Parteiarbeit.

Die Fragebögen liegen, ebenso wie ein vorfrankierter Antwortumschlag, der Dortmunder Ausgabe des Vorwärts bei.

Wir trauern um

FRANZ HUPPERTZ

* 12. April 1927 † 21. August 2010

Franz Huppertz gehörte der SPD seit 1947 an. Von 1959 bis zu seiner Pensionierung 1990 war Franz Huppertz hauptamtlicher Parteisekretär, ab 1974 leitender Bezirksgeschäftsführer im Niederrhein.

Jahrzehntelang engagierte er sich ehrenamtlich mit Durchsetzungskraft und Mitmenschlichkeit für die Sozialdemokratie in unterschiedlichsten Funktionen. Sein besonderes Engagement galt der Kommunalpolitik und der Bildungsarbeit.

1987 verlieh ihm Ministerpräsident Johannes Rau den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Sozialdemokratie ist Franz Huppertz zu Dank verpflichtet. Sein Tun wirkt über den Tag hinaus. Wir werden Franz Huppertz ein ehrendes Andenken bewahren.

SPD Landesverband Nordrhein-Westfalen, SPD Region Niederrhein

Hannelore Kraft
Ministerpräsidentin
Vorsitzende NRWSPD

Britta Altenkamp
Vorsitzende
SPD Region Niederrhein

Michael Groschek
Generalsekretär NRWSPD

DIE NRWSPD GRATULIERT IM OKTOBER...

... ZUM GEBURTSTAG

- 101 Jahre:** Erna Jakobs
Waldtraut Steimle
- 100 Jahre:** Mine Sikorski
- 98 Jahre:** Hilde Dohm
Franz Risse
- 97 Jahre:** Erika Vosseler
Erna Luise Eidmann
- 96 Jahre:** Hans Doelle
Herta Berger
Jan van Gerpen
Franz Kade
Meta Hoffmann
- 95 Jahre:** Andreas Wilhelm
Anton Lynen
Karl Geck
Erich Riegas

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 65 Jahre:** Ingeborg Kräfft
Friedhelm Heller
Gerhard Rook
Kurt Brenning
Anneliese Schipper
Hermine Kluten
Egon Hieber
Günter Bless
- 60 Jahre:** Gerda Rübenstrunk
Walter Brinkmann
Reinhard Kassler
Felix Weirich
- 50 Jahre:** Alfons Baumeister
Gisela Brinkhoff
Egon Steinbach
Günther Flohr
Marlies Smeets
Günter Schepella
Erich Piepers
Erich Pouw
Fred Glaß
Rolf Gräbe
Friedrich W. Conrad
Paula Merz

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf
REDAKTION: Julia Stöcklein
EMAIL: vorwaerts@nrwspd.de
INTERNET: www.nrwspd.de